

**Bericht der Bundesregierung zum G20-Gipfel in Cannes  
vom 3.-4. November 2011**

*Der sechste G20-Gipfel fand unter französischer Präsidentschaft vom 3.- 4. November 2011 in Cannes statt. Im Fokus der Gespräche stand die Lage der **Weltwirtschaft**, insbesondere die Schuldenproblematik in Teilen der Eurozone. Alle G20-Partner unterstrichen ihre Anerkennung für die Brüsseler Beschlüsse vom 26. Oktober 2011. Im Cannes Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze verständigte sich die G20 auf konkrete Maßnahmen, die zur Erholung der Weltwirtschaft beitragen sollen; u. a. konnte das aus deutscher Sicht wichtige Ziel der Haushaltskonsolidierung verankert werden. Besondere Aufmerksamkeit widmete die G20 der **sozialen Dimension** der Globalisierung.*

*Ein wichtiger Faktor für die Stabilität der Weltwirtschaft ist ein stabiles und widerstandsfähiges **Weltwährungssystem**. Eine Arbeitsgruppe unter deutsch-mexikanischem Vorsitz entwickelte Maßnahmen z. B. zum Umgang mit Kapitalströmen sowie einen Aktionsplan zur Unterstützung lokaler Anleihemärkte.*

*Im Bereich **Finanzmarktreformen** fasste die G20 eine Reihe von Beschlüssen, wobei zwei Themen – der Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten und die Stärkung von Aufsicht und Regulierung des sogenannten Schattenbankensystems – im Vordergrund standen.*

*Weitere Themen des Gipfels waren die Umsetzung der Aktionspläne zur **Entwicklungspolitik und Korruptionsbekämpfung, die Preisvolatilität bei Rohstoffen, Agrarmärkte, Energie- und Klimapolitik**. Die G20 bekräftigte ihre 2010 in Toronto getroffene Entscheidung, bis Ende 2013 von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen bzw. solche Maßnahmen zurückzunehmen. Die G20 unterstrich ihr Bekenntnis zum Verhandlungsmandat der **Doha-Runde** der WTO. Neu auf der G20-Agenda war die Verbesserung der **Global Governance**, insbesondere zu den Strukturen der G20 selbst.*

## **Weltwirtschaft**

Dominierendes Thema der Diskussion der G20-Staats- und Regierungschefs zur Lage der Weltwirtschaft war die Schuldenproblematik in der Eurozone. Die G20-Partner waren sich einig, dass eine gemeinsame Verantwortung der G20 besteht, die Weltwirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen. Die G20-Staats- und Regierungschefs drückten ihr starkes Interesse an einer stabilen Eurozone aus und würdigten in diesem Kontext ausdrücklich die Brüsseler

Beschlüsse vom 26. Oktober, in denen die Schuldentragfähigkeit Griechenlands, die Stärkung der europäischen Banken sowie die Implementierung von Schutzmaßnahmen gegen Ansteckungsgefahren adressiert wurden.

Aufgrund der Verschärfung der Staatsschuldenkrise fanden am Rande des Gipfels zusätzliche Gespräche statt, u. a. mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou. Hervorzuheben ist zudem die Bereitschaft Italiens, beginnend mit 2012 einen raschen Schuldenabbau einzuleiten und zudem die wirtschafts- und finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen im vierteljährlichen Rhythmus durch den IWF überprüfen zu lassen.

Um die Weltwirtschaft auf den Pfad eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums (*Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth*) zurückzuführen, verständigte sich die G20 auf einen Cannes Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze (*Cannes Action Plan for Growth and Jobs*, als gesondertes Gipfeldokument veröffentlicht). Dieser benennt Maßnahmen zur Bekämpfung aktueller, kurzfristiger Herausforderungen sowie mittelfristig notwendiger Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumsgrundlagen. Länder mit soliden Staatsfinanzen sollen die automatischen Stabilisatoren wirken lassen und, sofern angemessen, im Fall einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Umstände Maßnahmen zur Stützung der heimischen Nachfrage ergreifen, ohne ihre mittelfristigen Fiskalziele zu gefährden. Die Toronto-Ziele der Industrieländer (Haushaltskonsolidierung, Halbierung der Staatsdefizite bis 2013 und Stabilisierung bzw. Senkung der Staatsverschuldung in Relation zum BIP bis 2016) wurden bestätigt. Dies war aus Sicht der Bundesregierung ein wichtiges Element des Aktionsplans. In allen Ländern der G20 sollen Strukturreformen das Wachstum stärken; auch Deutschland verpflichtete sich als Land mit großem Leistungsbilanzüberschuss zur Stärkung der Binnennachfrage.

Angesichts der Bedeutung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Sicherstellung globaler Wirtschafts- und Finanzstabilität drückte die G20 ihr gemeinsames Verständnis darüber aus, dass der IWF über ausreichende Ressourcen zur Erfüllung seiner systemischen Rolle verfügen muss. Die Finanzminister wurden für den Fall, dass zusätzliche Mittel benötigt werden, um die Ausarbeitung verschiedener Optionen gebeten. In diesem Zusammenhang

bekräftigte die G20 ihren Willen zur vollständigen Umsetzung der im Jahr 2010 beschlossenen IWF-Quoten- und Governancereform.

### **Soziale Dimension der Globalisierung**

Die G20 betonte, dass der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungssicherung eine zentrale Bedeutung zukommt, und forderte die internationalen Organisationen auf, ihren Dialog und ihre Kooperation im Interesse einer größeren Kohärenz von Maßnahmen zu verbessern. Die G20 rief eine Task Force ins Leben, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Jugendarbeitslosigkeit befassen wird. Auch die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme wurde hervorgehoben. Die ILO wurde aufgefordert, sich weiterhin für die Ratifizierung und Implementierung der Kernarbeitsnormen einzusetzen.

Am Rande des G20-Gipfels fanden ein Business Summit (B20) und ein Labour Summit (L20) statt, bei dem Vertreter des Privatsektors bzw. Repräsentanten von Gewerkschaften über ihre Empfehlungen an den Gipfel berieten. B20 und L20 verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Verankerung sozialer Themen auf der G20-Agenda unterstützen.

### **Reform des internationalen Währungssystems**

Wie in Seoul 2010 verabredet stieß die G20 eine Reform des internationalen Währungssystems an, um dieses stabiler, widerstandsfähiger und repräsentativer zu gestalten und damit an aktuelle Entwicklungen besser anzupassen. Die G20-Arbeitsgruppe unter gemeinsamen deutsch-mexikanischem Vorsitz befasste sich mit dem Management globaler Kapitalflüsse, dem Management globaler Liquidität und Reformen in der Überwachungstätigkeit des IWF (Surveillance) und verständigte sich dabei auf konkrete Schritte. So konnten gemeinsame Schlussfolgerungen zum Umgang mit volatilen Kapitalströmen gezogen sowie ein Aktionsplan zur Entwicklung und Vertiefung lokaler Anleihemärkte beschlossen werden, um deren Widerstandsfähigkeit gegen Schocks zu verbessern. Dabei erkannten alle G20-Länder den Nutzen eines freien Kapitalverkehrs an und verpflichteten

sich, Kapitalverkehrskontrollen nur in Ausnahmesituationen mit hohen oder volatilen Kapitalbewegungen und zeitlich begrenzt anzuwenden.

Die G20 verabschiedete darüber hinaus gemeinsame Prinzipien zur Zusammenarbeit von IWF und regionalen Finanzierungseinrichtungen (wie EFSF und Chiang Mai Initiative). Die G20 verständigte sich zudem auf den Ausbau der finanziellen Sicherheitsnetze des IWF: Um dem IWF die Möglichkeit zu geben, kurzfristig Liquidität für solche Länder bereitzustellen, die eine gute Wirtschaftspolitik vorweisen können und unverschuldet in eine Liquiditätskrise geraten sind, unterstützt die G20 den IWF, eine entsprechende neue Kreditfazilität einzurichten. Die G20 sind sich darüber einig, dass die Sonderziehungsrechte (SZR), d. h. der Währungskorb des IWF, weiterhin die Rolle von Währungen im globalen Handels- und Finanzsystem widerspiegeln müssen, und beauftragte den IWF, die Zusammensetzung des SZR-Korbs bis spätestens 2015 zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus wurde vereinbart, die multilaterale Überwachungstätigkeit des IWF zu stärken und besser mit der bilateralen Surveillance zu verzahnen, um das Währungssystem insgesamt stabiler und widerstandsfähiger zu gestalten. Insbesondere sollen Spillover-Effekte, also der Einfluss von nationalen Politikmaßnahmen auf die Stabilität anderer Länder und das globale Wirtschafts- und Währungssystem, vertieft analysiert sowie eine bessere Aufsicht von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen erzielt werden.

In ihrer Abschlusserklärung setzte sich die G20 dafür ein, die Flexibilität von Wechselkursen zu erhöhen, damit diese wirtschaftliche Fundamentaldaten besser widerspiegeln können. Währungsabwertungen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen werden von der G20 abgelehnt. Die G20 wird ihre Arbeiten zu diesen Themen im Jahr 2012 fortsetzen.

### **Finanzmarktregulierung**

Beim Gipfel in Cannes erneuerte die G20 ihr Bekenntnis, dass alle Finanzmärkte, alle Finanzprodukte und alle Akteure einer Regulierung und Aufsicht unterliegen müssen. Zwei Themen standen besonders im Vordergrund: der Umgang mit

systemrelevanten Finanzinstituten und die Stärkung von Aufsicht und Regulierung des sogenannten Schattenbankensystems.

Die G20 beschloss ein umfassendes Maßnahmenpaket für eine verbesserte Aufsicht und Regulierung der weltweit tätigen systemrelevanten Finanzinstitute (globale SIFIs, „G-SIFIs“). Es wird eine stärkere Überwachung und einheitliche Rahmenbedingungen zur (grenzüberschreitenden) Abwicklung solcher Institute geben. Zum Gipfel wurde eine Liste der als „G-SIFIs“ identifizierten Banken veröffentlicht, die anfänglich 29 Institute umfasst und die zur Stärkung der Verlusttragfähigkeit ab 2016 (zeitlich parallel zu Basel III) zusätzliche Kapitalanforderungen in Höhe von 1 % bis 2,5 % an hartem Eigenkapital erfüllen müssen. Regelungen für Versicherungen und andere Akteure sollen 2012 folgen. Bis April nächsten Jahres sollen außerdem Vorschläge vorliegen, das Maßnahmenpaket für globale SIFIs auf nationale SIFIs zu übertragen.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 waren sich auch darin einig, durch eine bessere Beaufsichtigung und Regulierung des Schattenbankensystems zu verhindern, dass Geschäft vom stärker regulierten Bankensektor in weniger oder unregulierte Bereiche abwandert. Beim Gipfel wurden die Vorschläge des „Financial Stability Board“ (FSB) zu einer verbesserten Erfassung und Überwachung des Schattenbankensektors indossiert und seine Arbeitspläne und Schwerpunktsetzung für die Entwicklung konkreter Regulierungsempfehlungen unterstützt.

Zudem sprachen die Staats- und Regierungschefs eine klare Selbstverpflichtung aus, die in Pittsburgh angestoßene Reform beim Handel mit OTC-Derivaten umzusetzen. Damit sollen alle standardisierten OTC-Derivateverträge ab Ende 2012 nicht mehr außerbörslich, sondern grundsätzlich über Börsen oder elektronische Handelsplattformen gehandelt und über zentrale Clearingstellen abgewickelt werden. Zudem sollen OTC-Derivateverträge an Transaktionsregister gemeldet werden sowie nicht zentral abgewickelte Verträge höheren Kapitalanforderungen unterliegen.

Die G20 bekräftigte ihr Ziel, weltweit einheitliche, qualitativ hochwertige Rechnungslegungsstandards zu schaffen und forderte die zuständigen Gremien auf, ihre Arbeit hierzu fortzusetzen. Des Weiteren würdigte die G20 die Fortschritte bei der Bekämpfung von Steueroasen und beim Umgang mit nicht-kooperativen Jurisdiktionen in den Bereichen Finanzmarktregulierung/-aufsicht und Geldwäsche/ Terrorismusfinanzierung.

Wegen der wichtigen Rolle des FSB bei der Umsetzung der internationalen Finanzmarktregulierungsagenda beschlossen die Staats- und Regierungschefs der G20 eine Reform des FSB, die Diskussion im Einzelnen soll im FSB fortgeführt werden. Der FSB soll unter anderem eine eigene Rechtspersönlichkeit und mehr finanzielle Autonomie bekommen, außerdem sollen der Lenkungsausschuss umgestaltet und die Koordinierungsfunktion des FSB gegenüber anderen Standardisierungsgremien gestärkt werden.

### **Preisvolatilität von Rohstoffen und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität**

Die G20 verständigte sich darauf, die Funktionsfähigkeit der Derivatmärkte bei Rohstoffen durch mehr Regulierung und Transparenz zu verbessern, und begrüßte die Empfehlungen der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO). Die Regulierungsbehörden sollen neben anderen Instrumenten insbesondere Positionslimits festsetzen, soweit das angemessen ist, um Marktstörungen oder Marktmissbrauch vorzubeugen.

Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität ist ein zentraler Faktor bei der Verbesserung der Ernährungssicherung. Der von den Agrarministern verabschiedete Aktionsplan vom Juni 2011 wurde von der G20 angenommen. Darin enthaltene Empfehlungen umfassen v. a. die Verbesserung der Markttransparenz (u. a. durch Aufbau eines Agrarmarkt-Informationssystems (AMIS) und eines satellitengestützten Beobachtungssystems zur Projektion von Getreideernten und für Wettervorhersagen), die Verbesserung der internationalen Kooperation und die Entwicklung von Maßnahmen zum Risikomanagement, darunter auch solche für humanitäre Notfallmaßnahmen.

### **Verbesserung der Funktionsweise der Energiemärkte**

Die G20 betonte die Notwendigkeit funktionsfähiger und transparenter Energiemärkte und der ständigen Verbesserung der Energieeffizienz für ein nachhaltiges Wachstum und unterstrich ihre Anstrengungen für „Green Growth“. Die Datenbank JODI (*Joint Oil Data Initiative*) soll mit Blick auf Aktualität, Vollständigkeit und

Verlässlichkeit weiter verbessert werden; die G20 wird diese Prinzipien auch zur Grundlage ihrer Beiträge zur neuen Datenbank JODI-Gas machen. Die Absicht der G20, ineffiziente Subventionen für fossile Energien abzubauen, wurde erneut bekräftigt. Der Dialog zwischen Ölproduzenten und Ölkonsumenten über mittel- und langfristige Prognosen über Öl, Gas und Kohle soll weiter verbessert werden. Das zentrale Ergebnis der Arbeitsgruppe zum Schutz der maritimen Umwelt, einen Mechanismus zur gegenseitigen Information und zum Austausch von „*Best Practices*“ zu schaffen, wurde begrüßt. Die G20 strebt an, Technologien für saubere Energie und Energieeffizienz weiter auszubauen und sich für eine Entwicklung hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft einzusetzen.

### **Bekämpfung des Klimawandels und Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung**

Die G20 setzte sich für Fortschritte im VN-Klimaprozess ein und bekräftigte ihre Unterstützung für einen erfolgreichen Abschluss der Klimakonferenz in Durban vom 28. November bis 9. Dezember 2011 (*VN-Vertragsstaatenkonferenz in Durban*). Die Vereinbarungen von Cancún sollen umgesetzt und weitere Fortschritte erzielt werden, darunter die Operationalisierung des Green Climate Fund. Auf die Ergebnisse von Kopenhagen zur Klimafinanzierung wurde erneut hingewiesen; die Finanzminister wurden gebeten, über die Fortschritte im Bereich der Klimafinanzierung zu berichten. Da privaten Investitionen bei der Klimafinanzierung eine besondere Rolle zukommt, werden die multinationalen Entwicklungsbanken (MDB) aufgefordert, neue und innovative Finanzierungsinstrumente zur Erzielung eines größtmöglichen Hebeleffekts dieser privaten Mittel zu entwickeln. Ferner bekannte sich die G20 dazu, Strategien für eine kohlenstoffarme Wirtschaftsentwicklung (*low-carbon development strategies*) in ihren Ländern und weltweit voranzutreiben. Die G20 bekräftigte das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und verweist in diesem Zusammenhang auf die VN-Konferenz in Rio 2012 („*Rio+20*“), die eine wichtige Möglichkeit darstellt, das Thema nachdrücklich auf der internationalen Agenda zu verankern. Grünes Wachstum (*Green Growth*), d. h. eine stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung, bietet Chancen für neue Industrien und in Bereichen wie erneuerbare Energien, Umweltschutz und Daseinsvorsorge für die Armen.

## **Handel**

Wie beim Gipfel in Toronto im Juni 2010 und in Seoul im November 2010 wiederholte die G20 ihre Selbstverpflichtung, bis Ende 2013 von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen und bereits ergriffene Maßnahmen (einschließlich Exportbeschränkungen und nicht WTO-konforme Maßnahmen zur Exportförderung) wieder zurückzunehmen. In diesem Zusammenhang baten sie WTO, OECD und UNCTAD, ihre Berichterstattung über die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung fortzusetzen.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 bekräftigten in Cannes, dass sie auch weiterhin zum Verhandlungsmandat der Doha-Runde der WTO stehen. Um die Aussichten für einen Abschluss der Runde zu verbessern, ist es nach Einschätzung der G20 notwendig, im Jahr 2012 neue Verhandlungsansätze zu verfolgen und die Verhandlungen zunächst auf einzelne Themen zu fokussieren (einschließlich der Anliegen der am wenigsten entwickelten Staaten und anderer Elemente der Doha-Agenda, soweit diese abschlussreif erscheinen). Die Staats- und Regierungschefs beauftragten die zuständigen Minister, dies bei der 8. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2011 aufzugreifen und beim kommenden G20-Gipfel über die Ergebnisse zu berichten.

Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich für eine stärkere Rolle der WTO bei der transparenten Ausgestaltung der Handelsbeziehungen und bei der Streit-schlichtung aus. Der bis Ende 2011 erwartete WTO-Beitritt Russlands wurde von der G20 begrüßt.

## **Entwicklung**

Nachdem Entwicklungspolitik beim Gipfel in Toronto als fester Bestandteil der G20-Agenda etabliert worden war, hatten die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in Seoul die Ausrichtung des entwicklungspolitischen Ansatzes der G20 im "Seoul Development Consensus for Shared Growth" festgelegt und einen auf mehrere Jahre angelegten Aktionsplan beschlossen. Die Arbeitsgruppe Entwicklung legte zum Gipfel in Cannes einen Fortschrittsbericht über die bisherigen



Maßnahmen zur Umsetzung dieses Aktionsplans vor, wobei unter der französischen Präsidentschaft im Jahr 2011 der Ausbau der Infrastruktur in Entwicklungsländern sowie die Ernährungssicherung Schwerpunkte des Arbeitsprogramms bildeten: Eine hochrangige Expertengruppe hatte in Zusammenarbeit mit regionalen Entwicklungsbanken zum Gipfel Empfehlungen dafür erarbeitet, wie der Privatsektor und andere Akteure noch stärker in die Finanzierung von Infrastrukturprojekten einbezogen werden können und ein für Infrastrukturinvestitionen förderliches Umfeld geschaffen werden kann. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Liste mit konkreten Infrastrukturprojekten erstellt, anhand derer der Mehrwert des spezifischen G20-Entwicklungsansatzes exemplarisch aufgezeigt wird (Projekte mit regionalem Transformationspotenzial).

Die Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung waren auch Gegenstand eines Berichts, den Bill Gates den Staats- und Regierungschefs beim Gipfel vorstellte. Der Bericht machte deutlich, dass Entwicklungsfinanzierung mehr umfasst als ODA und dass für eine nachhaltige Entwicklung auch einheimische Ressourcen und private Investitionen mobilisiert werden müssen. In diesem Zusammenhang schlug Gates innovative Finanzierungsinstrumente vor und erwähnte als ein Beispiel die Finanztransaktionsteuer. Es gab beim Gipfel einen intensiven Austausch zu diesem Thema, und alle G20-Partner erkannten grundsätzlich an, dass die Finanztransaktionsteuer eine Option zur Beteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung verschiedener Staatsausgaben ist.

### **Bekämpfung der Korruption**

Beim G20-Gipfel in Seoul 2010 hatte sich die G20 zu ihrer besonderen Verantwortung in der Bekämpfung der Korruption bekannt und dazu einen Antikorruptions-Aktionsplan verabschiedet. In Cannes erhielten die Staats- und Regierungschefs einen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung dieses Aktionsplans. Sie sagten zu, ihre Bemühungen zur Ratifikation und Umsetzung der VN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) zu beschleunigen, und verabschiedeten ein Arbeitsprogramm mit dem Ziel, bis Ende 2012 konkrete Resultate u. a. auf folgenden Themenfeldern zu erzielen:

- Auslieferung und Rückführung von Vermögenswerten

- Verweigerung der Einreise für korrupte Amtsträger
- Schutz von Hinweisgebern („whistleblower“) sowie
- Transparenz im Öffentlichen Sektor, einschließlich fairer und transparenter Vergabeverfahren.

Die G20 begrüßte darüber hinaus Initiativen zur Verstärkung der Transparenz im Verhältnis zwischen Regierungen und dem Privatsektor und beschlossen, die Berichterstattung über die Umsetzung der von der G20 eingegangenen Verpflichtungen beim kommenden Gipfel fortzusetzen.

### **Global Governance**

PM Cameron stellte den G20-Partnern einige Überlegungen zur Verbesserung der Global Governance vor. In der Gipfelerklärung wurde festgehalten, dass die G20 ein präsidenschaftsgetriebener Prozess ist und dieses auch bleiben soll. Um die Arbeitsweise der G20 weiterhin effizient und transparent zu gestalten, soll die Troika aus vergangener, aktueller und künftiger Präsidentschaft formalisiert werden. Die internationalen Organisationen sind aufgerufen, ihren Dialog und ihre Kooperation insbesondere zu den sozialen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik weiter zu intensivieren. Die G20 erkannte das Engagement von Nicht-Mitgliedern, regionalen und internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft ausdrücklich an.

Die G20 verständigte sich darauf, dass ab dem 1. Dezember 2011 Mexiko die G20-Präsidentschaft innehat. Der kommende G20-Gipfel soll im Juni 2012 in Los Cabos, Baja California, stattfinden. 2013 wird Russland die Präsidentschaft übernehmen, 2014 Australien und 2015 die Türkei; anschließend wird ein Land aus einer asiatischen Ländergruppe (China, Indonesien, Japan oder Korea) die Präsidentschaft übernehmen.